

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenburg RM. 1.50, durch die Post im Kreis- und Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.80 mit Postzuschlag. Preise frohgebunden. Preis einer Nummer 10 Pf. In Fällen höherer Abnahme behält sich Verleger auf Änderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugpreises.

Der Enztäler

Anzeigenpreis:

Der einseitige Zeilenpreis oder deren Raum 2 Rpf., Kleinanzeigen 10 Rpf. Kollationspreis 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Aufnahmestellung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfolgens einfügig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zustellungen treten sofort alle üblichen Verbindungen außer Kraft. Gerichtsband für beide Teile in Neuenburg. Zur Zeit: Aufträge mit Text gedruckt übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Dr. Dieffinger), für die Schriftsetzerei verantwortlich Fr. Dieffinger in Neuenburg.

Nr. 50 Mittwoch den 1. März 1933 91. Jahrgang

Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat

Mehrere Artikel der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt — Die Todesstrafe auf Hochverrat, Brandstiftung, Sabotageakte, Vergiftungen, Anschläge auf Mitglieder der Regierungen — Die Reichsregierung kann Befugnisse oberster Landesbehörden übernehmen

w. Berlin, 28. Febr. Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer Anschläge folgendes verordnet:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 133 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprech-Geheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3. Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4. Wer von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt, oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffodert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15.000 RM. bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus,

bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auch auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 1) auffodert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis, nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5. Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Reber-Schwemmung), 315, Absatz 2 (Schädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffodert, sich er bietet, ein solches Verbrechen anzunehmen oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;

2. wer in den Fällen 115, Abs. 2, des StGB. (Schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder im bewussten und gewollten Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;

3. wer eine Freiheitsübernahme (§ 239 des StGB.) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Verkauften als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Verkündung ist im Rundfunk gestern Abend erfolgt.

ist gelungen, einen der Täter zu fassen. Es handelt sich um den 24 Jahre alten Maurer von der Löhle aus Venden in Holland, der einen ordnungsmäßigen holländischen Paß bei sich hatte und sich als Mitglied der holländischen kommunistischen Partei bekannte.

Der Mittelbau des Reichstages ist völlig ausgebrannt. Der Sitzungssaal mit sämtlichen Tribünen und Umhängen ist vernichtet. Der Schaden geht in die Millionen.

Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland. Unter den Hunderten von Zentnern Zerstörungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster.

Hiernach sollen Regierungsgebäude, Schlösser, Museen und lebenswichtige Betriebe in Brand gesetzt werden. Es wird ferner die Anweisung gegeben, bei Unruhen und Zusammenstößen vor den Terrorgruppen Frauen und Kinder zurückzuführen, nach Möglichkeit sogar solche von Beamten der Polizei. Durch die Auffindung dieses Materials ist die planmäßige Durchführung der bolschewistischen Revolution gestört worden. Trotzdem sollte der Brand des Reichstages das Signal zum blutigen Aufbruch und zum Bürgerkrieg sein. Schon für Dienstag früh 4 Uhr waren in Berlin große Blinderungen angelegt. Es steht fest, daß mit diesem heutigen Tage in ganz Deutschland die Terrorakte gegen einzelne Persönlichkeiten, gegen das Privateigentum, gegen Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung beginnen und den allgemeinen Bürgerkrieg entfesseln könnten.

Der Kommissar des Reiches im preussischen Ministerium des Innern ist dieser ungeheuren Gefahr mit den schärfsten Maßnahmen entgegengetreten. Er wird die Staatsautorität unter allen Umständen und mit allen Mitteln aufrechterhalten. Es kann festgestellt werden, daß der erste Angriff der verbrecherischen Kräfte zunächst abgelehnt worden ist. Zum Schutze der öffentlichen Sicherheit wurden noch am Montag Abend sämtliche öffentlichen Gebäude und lebenswichtigen Betriebe unter Polizeischutz gestellt. Sonderwagen der Polizei durchstreifen ständig die hauptsächlich gefährdeten Stadtteile. Die gesamte Schutzpolizei und Kriminalpolizei in Preußen ist sofort auf höchste Alarmstufe gesetzt worden. Die Hilfspolizei ist einberufen.

Gegen zwei führende kommunistische Reichstagsabgeordnete ist wegen dringenden Tatverdachts Haftbefehl erlassen. Die übrigen Abgeordneten und Funktionäre der KPD werden in Schutzhaft genommen. Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sind auf 4 Wochen für ganz Preußen verboten. Auf 14 Tage verboten sind sämtliche Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter aus dem Reichstog in seinem Geständnis die Verbindung mit der SPD ausgegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offensichtliche Tatsache geworden. Sie verlangt von dem verantwortlichen Führer der Sicherheit Preußens ein Durchgreifen, das durch seine Pflicht bestimmt wird, die Staatsautorität in diesem Augenblick der Gefahr aufrecht zu erhalten. Die Notwendigkeit der schon früher eingeleiteten besonderen Maßnahmen (Spürhaken, Hilfspolizei usw.) ist durch die letzten Vorgänge in vollem Umfange bewiesen. Durch sie steht die Staatsmacht ausreichend gerüstet da, um jeden weiteren Anschlag auf den Frieden Deutschlands und damit Europas zu verhindern und das Feuer dieses Aufstandes im Keime zu erlöchen. Reichsminister Göring fordert in dieser ersten Stunde von der deutschen Nation äußerste Disziplin. Er erwartet die reiflose Unterstützung der Bevölkerung, für deren Schutz und Sicherheit er sich mit eigener Person verbürgt hat.

Die Schäden im Reichstag

Der Befund der einzelnen Brandherde

w. Berlin, 28. Febr. Nachdem der Brand im Reichstagsgebäude vollkommen abgelöscht war, ließen sich erst genauere Feststellungen machen, wie weit die Flammen die um den Sitzungssaal herumliegenden Räume ergriffen hatten. Besonders auf der Südfront hat das Feuer auf drei Sitzungssäle übergreifen, die schwer in Mitleidenschaft gezogen sind.

Daß im Sitzungssaal mehrere Brandherde gelegt worden sein müssen, geht, wie die Feuerwehr erklärt, daraus hervor, daß bei ihrem Eintreffen der ganze Raum ein undurchdringliches Meer von Flammen und Rauch war. Trotz der außerordentlich starken Mut hat die Kuppelkonstruktion den zerstörenden Flammen Stand gehalten; allerdings ist die Kuppelkonstruktion über dem Sitzungssaal, die genau wie die Kuppel, Glaswände trug, vollkommen zerstört und hängt in den ausgebrannten Sitzungssaal hinein.

Nach der Abföschung haben sofort einige Chemiker die einzelnen Brandherde einer genauen Untersuchung unterzogen, soweit sich bisher feststellen läßt, haben sogenannte Kohlenanländer und Rollen Papier Verwendung gefunden. Die Sachverständigen hatten den Eindruck, daß das verwendete Material genau dem gleiche, was bei dem Brand am Samstag im Schloß entdeckt wurde. Daß Benzol, Petroleum oder Spiritus benutzt worden ist, glaubt man nicht, da diese Mittel unbedingt Geräusche hinterlassen. Vielmehr neigt man zu der Annahme, daß die Brandherde, die man auch an Regalen und Klappstühlen fand, mit Benzin übergossen worden sind.

Die Bedeutung der Verordnung

Berlin, 28. Febr. (Sig. Meld.) Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß eine Verordnung wie die zum Schutze von Volk und Staat, die der Reichspräsident heute Abend unterzeichnet hat, von einer Regierung natürlich nur dann ergriffen wird, wenn wirklich höchste Gefahr im Verzuge ist. Die Beratungen über diese Verordnung haben sehr lange gedauert. Sie ist nach allen Richtungen hin abgewogen. Im Kabinett aber habe absolute Einmütigkeit darüber geherrscht, daß die Verordnung in dieser Form noch heute herauskommen mußte. Es wird nochmals betont, daß der Wahlkampf als solcher durch sie nicht behindert werden und daß die Wahl auf jeden Fall stattfinden soll.

Die Reichsregierung ist der Meinung, daß die Verordnung trotz der Wahl erlassen werden mußte, weil große Gefahr für Volk und Staat bestand und noch besteht. Mit allem Ernst muß nämlich darauf hingewiesen werden, daß weiter begründeter Verdacht dafür vorhanden ist, daß die kommunistischen Aktionen fortgesetzt werden. Es scheint möglich, daß die Zentrale für die Leitung dieser Aktionen von Berlin fortverlegt worden ist. Gefahren, die daraus entstehen könnten, soll § 2 der neuen Verordnung vorbeugen, der die Reichsregierung ermächtigt, im Falle der Weigerung eines Landes zum Eingreifen selbst die Exekutive zu übernehmen, sei es in der Form einer einmaligen Verfügung, sei es ganz allgemein. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die Verordnung — das gilt namentlich auch für den § 3 — nichts mit der in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit häufig behandelten Frage der Einsetzung weiterer Reichskommissare zu tun hat. Es handelt sich vielmehr lediglich um die Ausübung einer Funktion im Rahmen dieser Verordnung, die sich gegen kommunistische oder allgemeingefährliche Gewalttate richtet.

Daß die Gefahr solcher Terrormaßnahmen immer noch groß ist, ergibt sich schon aus der begründeten Ausnahme, daß ebenso wie im Liebknecht-Haus in Berlin auch an anderen Stellen unterirdische Gewölbe und Versteckplätze vorhanden sind, die dem staatsgefährlichen Treiben der Kommunisten dienen oder ihren Unterhalt bieten. Daß ein Versteck in ins Ausland nicht so leicht möglich ist, dafür sind übrigens an der Grenze die notwendigen Vorkehrungen getroffen. Gegenüber anderslautenden Berichten ist übrigens anhand des Wortlautes der Notverordnung festzustellen, daß Sondergerichte nicht eingesetzt werden. Es sind keine neuen richterlichen Instanzen vorgesehen. In diesem Sinne werden Ausführungsbestimmungen noch in den nächsten Tagen erscheinen.

Die weitere Entwicklung muß man, nachdem die Verordnung schon heute in Kraft getreten ist, nun abwarten. In den maßgebenden politischen Kreisen ist man sicher, daß es im ganzen Volke dankbar empfunden wird, wenn jetzt mit aller Brutalität gegen den Kommunismus vorgegangen wird. Niemand darf sich auch einem Zweifel darüber hingeben, daß alle Kräfte, die mit den Kommunisten zusammenarbeiten oder einer solchen Zusammenarbeit hinreichend verdächtig sind, von der Verordnung ebenso rigoros betroffen werden, wie die Kommunisten selbst. Der Schwerpunkt des Kampfes gegen Staat und

Regierung ist offensichtlich nun heute ins Ausland verlegt worden. Auch hiermit hat sich das Reichskabinett heute beschäftigt und Vorkehrungen getroffen, daß auch solche Angriffe auf dem Umwege über das Ausland unterbunden werden. Auch in Fällen, in denen sich Zeitungen, Korrespondenzen oder Journalisten dazu hergeben, auf diesem Wege staatsgefährliche Kämpfe zu unterstützen, wird durchgegriffen werden.

Zusammenfassend wird festgestellt, daß nichts die Regierung davon abbringen wird, den Kampf gegen die staatsgefährlichen Elemente mit aller Schärfe zu führen. Wer sich für den Kommunismus erklärt, so wird blutig bestraft, wird sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben.

Erklärung des preuß. Innenministeriums

zur Notverordnung gegen die kommunistische Gefahr

Verordnende Veröffentlichung kommunistischer Dokumente

w. Berlin, 1. März. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Das preussische Ministerium des Innern erklärt zu der Notverordnung der Reichsregierung gegen die kommunistische Gefahr vom 28. Februar, daß in ihr verschiedene Verbrechen unter besonders schweren Strafen gestellt seien. Aus Gründen einer voll erwiesenen großen und akuten Gefahr und eines unumstößlichen und sorgfältig vorbereiteten Systems maßloser kommunistischer Terrors soll Deutschland in das Chaos des Bolschewismus gestürzt werden. Vordankschläge gegen einzelne Führer des Volkes und Staates, Attentate gegen lebenswichtige Betriebe und öffentliche Gebäude, Vergiftung ganzer Gruppen besonders gefährdeter Personen, das Abfangen von Geiseln von Frauen und Kindern hervorragender Männer sollten durch Entgegen über das Volk bringen und jeden Widerstandswillen des Bürgertums lähmen.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, wird in aller kürzester Frist der Öffentlichkeit die Dokumente vorlegen, die die Notwendigkeit aller getroffenen Maßnahmen belegen. Es findet lediglich nach einer Sitzung des überaus umfangreichen Materials statt, sowie eine letzte Prüfung im Hinblick darauf, daß durch die Veröffentlichung die Staatssicherheit nicht noch mehr gefährdet werden darf.

Die Ausweitungen der Reichstags-Brandstiftung

w. Berlin, 28. Febr. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Am Montag Abend brannte der Deutsche Reichstag. Es liegt zweifellos die schwerste bisher in Deutschland erlebte Brandstiftung vor. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß im gesamten Reichstagsgebäude vom Erdgeschoß bis zur Kuppel Brandherde angelegt waren. Sie bestanden aus Zerpapier und Brandstoffen, die man in Lederfelle, unter Reichstagsdruckmaschinen, an Türen, Vorhängen, Holzwerkstücken und andere leicht brennbare Stellen gelegt hatte. Es



Die amtliche Untersuchung der Brandstiftung

W. Berlin, 1. März. Der Amtliche preussische Pressedienst meldet: Die bisherige amtliche Untersuchung der großen Brandstiftung im Gebäude des Deutschen Reichstages hat ergeben, daß allein zur Herbeischaffung des Zündmaterials mindestens 7 Personen notwendig gewesen sind, während die Verteilung der Brandherde und ihre gleichzeitige Entzündung in dem riesigen Saale mindestens 10 Personen erfordert haben muß. Ganz zweifellos sind die Brandstifter so vollkommen mit allen Einzelheiten des weitläufigen Gebäudes vertraut gewesen, daß nur ein jahrelanger ungebundener Verkehr dieselbe Kenntnis sämtlicher Räume ergeben haben kann. Dringender Tatverdacht besteht deshalb gegen die Abgeordneten der Kommunistischen Partei, die sich ganz besonders in der letzten Zeit auffallend häufig unter den verschiedensten Vorwänden im Reichstagsgebäude und der Dienstverteilung der Beamten erklärt hat auch die Tatsache, daß vorläufig nur der auf fischer Tat ergriffene holländische Kommunist verhaftet werden konnte, da er in Unkenntnis der Räumlichkeiten nach begangener Tat nicht mehr fliehen konnte. Der Verhaftete, der auch in Holland als besonders radikal bekannt ist, hat den Verhandlungen des kommunistischen Aktionsausschusses häufig beigewohnt und durchgeleitet, daß er zu der Brandstiftung hinzugesogen wurde.

Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß drei Augenzeugen einige Stunden vor Ausbruch des Brandes den verhafteten holländischen Täter in Begleitung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler und Koenen in den Gängen des Reichstages gesehen haben. Ein Verstum der Augenzeugen ist bei dem Aussehen des Brandstifters unmöglich. Da weiterhin der Abgeordneteingang des Reichstages um 8 Uhr abends geschlossen wird, die kommunistischen Abgeordneten Torgler und Koenen sich jedoch gegen 10 Uhr ihre Garderobe in ihre Zimmer bringen lassen und erst gegen 10 Uhr durch ein anderes Portal den Reichstag verlassen, besteht gegen diese beiden Kommunisten dringender Tatverdacht. In dieser Zeit ist nämlich der Brand angelegt worden.

Unrichtig ist das Gerücht, nach dem der Abgeordnete Torgler sich der Polizei freiwillig gestellt haben soll. Er hat allerdings durch seinen Rechtsbeistand in dem Augenblick um freies Geleit gebeten, als er erkannte, daß ein Entkommen unmöglich geworden war. Das freie Geleit wurde abgelehnt und der Abgeordnete Torgler verhaftet.

Schwierige Lösarbeiten

Berlin, 28. Febr. (Fig. Meld.) Nachdem der Riesenbrand im Reichstagsgebäude auf seinen Herd, den Feuerungsraum, beschränkt werden konnte, sind die für die Löschung des Feuers eingesetzten 12 Löschzüge wieder abgerückt. Nur zwei Büge befinden sich noch an der Brandstätte, die ein eventuelles Aufflackern des Feuers im Keime ersticken sollen.

Der oberste Brandstifter haben, wie einwandfrei feststeht, Kohlenanzünder zur Ausführung ihres verbrecherischen Plans benutzt. Außerdem hat man noch eine leicht brennbare Flüssigkeit verwendet; ob es reines Benzin oder eine Mischung von Benzin mit einer anderen Flüssigkeit gewesen ist, das zu ermitteln, wird eine wenn auch schwierige Aufgabe der bereits damit beschäftigten Chemiker sein.

Die Lösarbeiten waren umso schwieriger, als sich der Brandherd inmitten des riesigen Gebäudekomplexes des Reichstages befindet. Eine wesentliche Unterstützung in der Bekämpfung der Flammen bildeten zwei Feuerlöschboote, die aus der Spree ungeheure Wassermengen in die Flammen schickten.

Nicht versichert!

Berlin, 28. Febr. In der Brandstiftungsaffäre im Reichstagsgebäude wird dem Nachrichtenbüro des VöV. in unterrichteten Kreisen nachgefragt, ob weder der Reichstag noch der preussische Landtag irgendwie gegen Feuerkatastrophen versichert seien. Abgesehen von der Zwecklosigkeit, ob im Falle einer derartigen Brandstiftung überhaupt die Versicherungsgesellschaft voll haftbar gemacht werden könnte, scheint man in den zuständigen Stellen der Ansicht zu sein, daß die Versicherung derartiger Reichstags- oder Staatsgebäude so hohe Prämienkosten verursachen müßte, daß eine unangenehmere Belastung der öffentlichen Ausgabenentlastung entstände. Man weiß darauf hin, daß beispielsweise die Prämienhöhe, die für den Reichstag zu entrichten gewesen wären, bei einer nach seiner Fertigstellung aufgenommenen Feuerversicherung heute schon fast das Doppelte der Gesamtbaukosten des Reichstages umfaßt hätte. Auch gehören in derartige Katastrophen in Parlamentsgebäuden zu den größten Seltenheiten. Der Reichstagskomplex wird infolge dieser Verhältnisse den bei dem Brande entstandenen Schaden selbst tragen müssen, falls es ihm nicht irgendwie möglich ist, andere Stellen für den Schaden haftbar zu machen.

130 Personen in Berlin in Schachhaft genommen

Überwiegend K.M.O.-Angehörige

Berlin, 28. Febr. (Fig. Meld.) Im Verlauf der großen polizeipolitischen Aktion, die sofort nach der Entdeckung des Brandes im Reichstagsgebäude eingeleitet worden war, hat die Zahl der in Schachhaft Genommenen auf etwa 130 Personen erhöht. Bei den Festgenommenen wurde umfangreiches Druckschriften- und Handschriftenmaterial vorgefunden, das beschlagnahmt wurde und von politischen Beamten einer eingehenden Sichtung unterzogen wird, die allerdings, da das Material sehr umfangreich ist, längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Unter den Verhafteten befinden sich sehr viele Mitglieder der K.M.O. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), U. a. sind festgenommen die Reichstagsabgeordneten Torgler, der sich selbst gestellt hat, und Koenen, der kommunistische Stadtrat Schmidt, der Berliner Stadtrat Dr. Dobann, die Reichstagsabgeordnete Dr. Apfel, Vitten und Barbach, die Schriftsteller Erich Mühsam u. Ludwig Renn, Professor Felix Halle, Lehmann-Rupf, eine führende Persönlichkeit der Liga für Menschenrechte, ferner Hans von Buchl, Friedrich Heinz, Bernhard Rudolph, von Olfers, Paul Trube, Wilhelm Wittmann, Walter Stöder.

Kommunisten werden vernommen

Berlin, 28. Febr. Im Berliner Polizeipräsidium herrscht seit den frühesten Morgenstunden Hochbetrieb. Auf langen Bänken sitzen hier die in Schachhaft genommenen kommunistischen Abgeordneten, unter ihnen auch einige Berliner Stadtverordnete, bewacht von einem Aufgebot von Polizeibeamten. Einer nach dem anderen von den Abgeordneten wird ausgefragt, um verhört zu werden. Man hört die Namen von Bied, Thälmann, Behrend, Schüring und anderen. Viele sitzen noch, aber auch sie dürften im Laufe des Vormittags noch eingeleitet werden, denn in kurzen Abständen kommen Lastwagen der Schupo mit neuen Häftlingen an.

Der Holländer van der Velden ist bis in die frühen Morgenstunden hinein verhört worden; er war schließlich erschöpft, daß er zusammenbrach und in die Hölle gebracht werden mußte, wo er sofort in tiefen Schlaf verfiel.

Eine Erklärung der SPD.

Der Sozialdemokratische Parteivorstand erklärt: In der Nacht vom 27. zum 28. Februar wurde die gesamte sozialdemokratische Presse in Preußen für 14 Tage verboten. Das Verbot wird mit der Behauptung begründet, ein verhaf-

Aus Stadt und Land

Neuenburg, 1. März. (Astermittwoch.) Nun ist auch der Fasching 1933 zu Ende. Er war nicht besonders lang, doch hat er dem langweiligen Wölchchen Gelegenheit gegeben, sich in Freude und Lust bei den besaundersen Klängen der Musik und dem magischen Licht der Lampen anzutönen. Mit dem dumpfen Zwölferschlag, der den Beginn des Astermittwochs andeutet, war die Herrlichkeit verlogen und nur die Erinnerung in den Freudenrausch riefte sich hinüber in den erlittenen Alltag. Möge es eine freundliche Erinnerung sein! Jetzt haben die Menschen wieder Zeit zum Nachgrübeln und Sinnieren. Es gibt Leute, die den Fasching von Grund aus verdammten; denn erstens folge ihm ein Astermittwoch, der umso unangenehmer ist, je härter der Fasching das Tollen im Tanzlokal war. Und zweitens sei der Fasching eine ganz oberflächliche Veranstaltung, ein Freudenrausch, ein Rorschach und Gift für die Seele. Ein köstliches Wahrheitsmag allerdings in dieser Anstalt gegen den wärrlichen Bringen stehen. Aber der Fasching 1933 hat doch ein Gutes gebracht, das ihm niemand abstreiten kann: Er hat die Menschen ein bißchen vom politischen Janz und Streit abgelenkt. Und das war gut.

Neuenburg, 1. März. Die sterblichen Ueberreste des ältesten männlichen Bürgers unserer Stadt, Christian Herzogel, alt Senfenschmied, der am Sonntag vormittag im Alter von nahezu 88 Jahren an den Folgen eines längeren Leidens verstarb, wurden gestern nachmittag unter harter Anteilnahme aus den Kreisen der diesigen Bürgerchaft auf dem neuen Friedhof der Erde übergeben. Der antierende Geselle entwarf unter Inauguralrede des Evangeliums Matth. 11, 28: „Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid“ ein gerühmtes Lebensbild des Entschlafenen, der sich ob seines freundlichen Lebens immer großer Beliebtheit erfreute. Ueber fünf Jahrzehnte stand der Verdorbene in treuer Arbeit in den Diensten der Firma Saureisen & Sohn, Senfen- und Sichelwerke, hier. Wohl war Herzogel in seinen jüngeren Jahren Mitbegründer des diesigen Turnvereins, im öffentlichen Leben aber hat sich derselbe nicht betätigt. Der Turnvereinsverein erfüllte den letzten Wunsch des Entschlafenen und umrahmte



Wenn Töchter Frauen werden

Mit diesem einzigartig schönen Familien- und Liebesroman beginnen wir in der moralischen Ausgabe.

teter Mann habe gestanden, den Brand im Reichstagsgebäude gelegt und bisher in einer gewissen Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei gestanden zu haben. Die Annahme, die Sozialdemokratische Partei hätte irgendwie mit Leuten zu tun, die den Reichstag in Brand setzen, wird von der Partei entschieden zurückgewiesen.

Dr. Hugenberg über sozialpolitische Fragen

Berlin, 28. Febr. (Fig. Meld.) Dr. Hugenberg empfing heute den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses der ehemaligen deutschen Reichstagsfraktion, den Abgeordneten Dr. Erich Schmidt-Kneiswilde und beantwortete an ihn gerichtete Fragen.

Auf die Frage, ob er der gegen ihn gerichteten sozialen Dege der marxistischen und linksbürgerlichen Gewerkschaften Bedeutung beimeße, erklärte Dr. Hugenberg, daß er es ablehnen müßte, die Stellungnahme derjenigen zu beachten, die an dem gegenwärtigen sozialen Elend weitgehend mitschuldig seien. Dr. Hugenberg betonte ausdrücklich die Notwendigkeit einer Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenchaft. Aber auch hier müßte ebenso wie in der Politik der Einfluß der Zwischenglieder, die in der Linkfront stehen, ausgeschaltet werden.

Nach seiner Stellungnahme zur Sozialversicherung befragt, verwies Dr. Hugenberg auf seinen Vortrag vom 16. Oktober vorigen Jahres, in dem er sich ausdrücklich zu einer Erhaltung der Sozialversicherung, aber zu ihrer Gesundung durch Reform an Haupt und Gliedern bekannt hat.

Grundlegend führte Dr. Hugenberg aus, daß durch die Wirtschaftsgeldung die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt werden müsse. Er bekannte sich auch zu der deutschnationalen Forderung, Hauszinssteuererlaß zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung zu gewähren.

Abg. Dr. Schmidt wies sodann darauf hin, daß die Fragen des Doppelverdienstes und der hohen Gehälter in der sozialpolitischen Erörterung unter der Arbeitnehmerschaft immer noch eine große Rolle spielen. Dr. Hugenberg erwiderte, daß diese Fragen unter dem Gesichtspunkt wirklicher Kameradschaftlichkeit angesehen werden müßten. Hohe Gehälter seien nur dort zu rechtfertigen, wo sie durch besondere Leistung für die Allgemeinheit tatsächlich verdient werden. Dr. Hugenberg betonte sodann erneut die Notwendigkeit einer Regelung der Auslandsschulden, um das schwerste Demmnis für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu beseitigen.

Eine Wahlrede Selbtes

Halle, 28. Febr. In einer Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sprach gestern Reichsminister Selbtes. Er habe keinen Augenblick an, erklärte der Minister, die schwingende Kraft zu bewundern, mit der Hitler diesen Wahlkampf führe. Wer sich hart fühle, der dürfe seinen Kampfgenossen loben. Er wolle ihn loben, weil er ihm vertrauen könne. Denn

die schlichte Trauerfeier mit Choralgesängen von dem Trauerhause und auf dem Friedhof.

Neuenburg, 1. März. Ueber die gestern vom Untersuchungsrichter eriolgte Vernehmung der in der Schwammer „Adler“ Brandstiftungsaffäre in Haft befindlichen zwei jungen Burischen aus G. wird im Hinblick auf den weiteren ungeklärten Verlauf der Untersuchung von den zuständigen Behörden Stillschweigen bewahrt. Wie wir jedoch erfahren konnten, wurde bei der Gegenüberstellung noch eine Menge belastendes Material ans Licht gebracht. Die Untersuchung der Brandangelegenheit ist eigentlich in den letzten Tagen auf ganz eigenartige Weise wieder ins Rollen geraten. Beim Verkauf eines im Oberamtsbezirk gekauften Fahrrads konnte einer der beiden Inhabertieren in der Gegend von Herberberg festgenommen und an das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert werden. Dort legte derselbe bei seiner Vernehmung ein umfangreiches Verhörsprotokoll über verschiedene in letzter Zeit verübte Diebstähle ab, wobei er auch seine Täterschaft an der Brandstiftung im Anwesen des Erich Hoffinger z. „Adler“ in Schwammzugab und dabei noch einen Kommiliten aus G. der Mithilfe beizugab. Bei den bereits erwähnten Diebstählen sind dem einen der beiden Festgenommenen drei Fahrräder und ein Motorrad, sowie verschiedene andere Gegenstände in die Hände gefallen. Durch die nun im Gang befindliche Untersuchung werden somit umfangreiche, bis jetzt noch nicht bekannte Straftaten zur Klärung gebracht.

Neuer Erbfloß

Neuenburg, 1. März. In der letzten Nacht gegen 3.16 Uhr wurde im ganzen Bezirk wieder ein heftiger Erbfloß wahrgenommen, der vielfach die Schläfer wahrstüttelte. Ueber einflimmend wird uns die Stärke des Lebens als sehr schwer geschildert. Die Bestellen wurden gerüttelt, Fenster klirren und die Türen knarren, als ob sie mit Gewalt eingedrückt würden. Von anderer Seite wurde der Erbfloß als ein gewaltiges Rollen, gleich dem Geräusch eines beladenen schweren Lastwagens, wahrgenommen. Ähnliche Beobachtungen wurden in Hülen, Kalmbach, Wildbad und anderen Orten gemacht. Schaden ist, soweit bis jetzt zu übersehen, nicht entstanden.

In der Sonntagnacht gegen 11 Uhr wurde ein ungewöhnlich großer und heftiger Sternschnuppen beobachtet, der sich den flammenden Blicken beinahe eine halbe Minute lang zeigte und mit großer Geschwindigkeit am nördlichen Himmel entlang flog, ohne daß ein Meteor wahrgenommen werden konnte.

(Wetterbericht.) Die Wetterlage hat sich wenig geändert. Dem Hochdruck im Osten steht noch eine Depression über Island gegenüber. Für Donnerstag und Freitag ist zwar zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Wittenfeld, 27. Febr. Am letzten Sonntag fand im Gemeindegarten hier eine Altenseier statt. Eine stattliche Anzahl von alten Leuten, die das siebenzigste Lebensjahr erreicht und schon überschritten hatten, saßen da bei Kaffee und Kuchen einige Stunden beisammen und freuten sich herzlich über das Ihnen in Rede, Gesang und Aufführung Gebotene. Die älteste Teilnehmerin war die 93jährige Frau Volkmer, Harter 8. röhre und Bürgermeister Kuhn aus Hülen die Anwesenden willkommen. So eine Altenseier bringt viel Segen in sich; läßt sie doch die Einsamen, Armen, Leidenden und Vergessenen hören, daß Liebe und Dankbarkeit, Anhänglichkeit und Träne auch für sie da ist. Ein solches Fest soll aber auch ein Beweis sein für die Ehrerbietung, die wir den Alten schuldig sind. Dann soll es zugleich dazu bestimmt sein, in manchen vereinsamten Herz und Haus ein wenig Sonnenschein zu bringen. Die Feier wurde umrahmt von zwei sehr gelungenen Aufführungen und schönen Gesängen des Jungfrauenvereins, der sich in seinem besten Können zeigte. Oberlehrer a. D. Martin, der selbst auch ein wackeres Gedicht zum Besten gab, dankte den Veranstalter, vor allem dem Jungfrauenverein, den Helferinnen und den freundlichen Spendern. Mit Choralgesang wurde die gelungene Feier begonnen und geschlossen.

Wittenfeld, 27. Febr. Daß der Androstungsgebäude sich in unferm Wittenfeld nicht so leicht verwirklichen läßt, zeigte der gute Beifall der Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei im Gasthaus zur „Schönen Aussicht“. Als Referent wurde Genosse Reichstagsabgeordneter Ulrich Seibronn gewonnen. Die vielen Wahlkämpfe haben nicht das soziale Lebensrecht des arbeitenden Volkes, schaffen nicht Arbeit und Brot, sondern sind geeignet, Mißtrauen im In- und Ausland zu schaffen. Es ist auffällig, daß die Rationalisier-

ohne Vertrauen zwischen der grauen und der braunen Arme gebe es keine Zukunft. Die Wahl am 5. März sei nicht eine der üblichen; sie müsse die letzte Wahl sein für lange Zeit. Das deutsche Volk müsse sich daran gewöhnen, daß die sozialdemokratische Partei des Liberalismus und der Demokratie vorbei sei. Taglich und stündlich werde es nun vor neue Entschärfungen gestellt werden. Das neue Kabinett fühle sich nicht parlamentarisch gebunden. Es stelle sich nicht der zweifelhafte Wehr eines Reichstages entgegen. Von einem solchen Reichstages brauche es zwar kein Vertrauen; aber es würde sich sehr freuen, wenn auch der letzte Wähler dem Kabinett sein Vertrauen schenke, und zwar auf vier Jahre, in denen gearbeitet und gehandelt werde. Um des Aufbaues und der Sozialarbeit willen, würden manche Maßnahmen unpopulär sein müssen, unfauber aber würden sie niemals sein.

Für das Kabinett sei der Einbau aller Schichten keine Frage; wenn das nicht fertiggebracht werde, sei des Schicksal Deutschlands besetzt. Die üblichen Vorkriegszeiten, in denen die Obrigkeit dem Staatsbürger manches, oder gar alles abnahm, seien vorbei. Das Schicksal jedes Einzelnen sei heute ganz anders wie früher mit dem Gesamtchicksal des Volkes verbunden. Wir brauchen nicht mehr gehobene Unterthanen, sondern bewußt mitarbeitende, selbstbewußte Staatsbürger. Und selbst, wenn die ganze Nation sich dagegen wehre, diesen Druck der Verantwortung auf sich zu nehmen, müsse sie dazu gezwungen werden.

Das gesamte neue Kabinett stehe inhaltlich auf derselben Linie, denn es sei das Kabinett, das der große Soldat Hindenburg als ultima ratio eingesetzt hat zur Besinnung der deutschen Not. Ultima ratio: das schließt auch in sich, daß dieses Kabinett nicht befristet ist durch den 5. März, sondern daß sein Mandat erst abläuft mit dem reiflichen Sieg und Erfolg seines Vierjahresplanes zur Rettung Deutschlands.

Ueberreichung des Namensschildes der „Emden“

Berlin, 27. Febr. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den australischen bevollmächtigten Minister in London, The Right Honourable Stanley Melbourne Bruce, der im Auftrag der australischen Regierung das Namensschild des im November 1914 gegen den australischen Kreuzer „Eden“ unterlegenen deutschen Kreuzers „Emden“ überbrachte. In einer längeren Ansprache kennzeichnete der Minister diesen Akt nicht nur als eine Ehrgang für die „Emden“ und ihre ritterliche Besatzung, sondern auch als ein Zeichen der Freundschaft des australischen Volkes für das deutsche Volk. Der Reichspräsident dankte mit herzlichen Worten und sprach die Ueberreichung aus, daß dieser Tag wesentlich zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen werde.

An dem Empfang nahmen der britische Votschafter Sir Horace Rumbold und der britische Marineattaché Regattenskapitän Hayes, sowie der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Räder, teil.

lassen jetzt auf einmal in Ihren Forderungen, Aufhebung der Hungernotverordnungen, Kürzung der Beamtengehälter, Forderung des Jugendplanes und Verrückung der Zinsfußhöhe u. s. f. so beschleunigt geworden sind und die Erfüllung anstatt wie versprochen, in 24 Stunden, in vier Jahren in Aussicht stellen. Aber woher kommt denn das? Die Frage ist leicht zu beantworten, wenn man weiß, daß es die Konstitutionsmitglieder einzeln nicht tun können. Wenn großes Aufsehen gemacht wird, daß Widerungen für Sozialrentner und Kriegsoffer ab 1. April in Kraft treten, bedeutet der Betrag (28 Millionen) gegenüber den 500 Millionen, die den Opfern genommen wurden, einen winzigen Bruchteil. Wie sich die Senkung des Einkommens der Arbeiter und Beamten auswirkt, da lassen wir Herrn Schläge-Schälungen sprechen, der das Wort prägte: "Arbeiternot in Bauerntod". Wir fügen noch hinzu und Mittelstandsnot. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß der Produktionsapparat in Ordnung ist, nur die Absatzmöglichkeit fehlt. Die Konsumt-Drosselung führt andererseits zur völligen Vernichtung des Auslandsmarktes, beschränkte Konsumtrentierung, Autarkie vernichtet vollständig den letzten Rest der handelspolitischen Beziehungen mit dem Ausland und bringt Millionen Menschen um Arbeit und Brot. Der Hochschulgeld, die Schulle u. s. f. bringt dem kleinen Landwirt und Weinbauer keinen Gewinn. Gerade die Autarkie bedeuete für die Hohenheimer Schmalwareindustrie eine unübersehbare Gefahr, dadurch sind nicht nur die Arbeiter gefährdet, sondern alle unsere Kleinbauern, Handwerker und Gewerbetreibende, die doch mit der Arbeiterschaft wirtschaftlich verknüpft sind. Den Beweis für den exportförmigenden Kurs liefern eine große Zahl zurückgezogener Aufträge des Auslandes. Wenn behauptet wird, daß die Sozialdemokratie 14 Jahre regiert hätte, ist durch nachprüfbarbare Tatsachen widerlegt, daß dies nicht der Fall ist. In 14 Jahren waren 14 Kabinette zu verzeichnen. In fünf von den 14 Regierungen war ein Sozialdemokrat Reichskanzler, in neun nur Bürgerminister, folglich können auch die Sozialdemokraten nicht am "Ruin" Deutschlands schuld sein. Mit dem Einflußschrumpfen der SPD. wuchs die Not unter der arbeitenden Bevölkerung. Unter Hermann Müller's Kanzlerschaft schrieb die Welt vom Aufschwund Deutschlands, die Wirtschaft blühte, die Lebensart war aufsteigend, die Tendenz war höchste Rentenzu- und Unterstufungen. Das deutsche National Einkommen war in der Zeit als wir einen arbeitfähigen Reichstag hatten, das höchste und seit dem Augenblick, als die SPD. ausgeführt wurde, begann der Abbau der Löhne, Kürzung der Renten u. s. f.

Spricht man von Novemberverbrechern, so sei daran erinnert, daß Deutschland keine Revolution hatte, sondern einen Zusammenbruch eines moribunden Staates. Zwei Millionen Deutsche kreben auf den Schlachtfeldern, anlagbare Not herrschte im Inland. Kirchensolden, Weistafeln, Türkensteuer waren eingeschmolzen, die Leute trugen Papphosen und Papierbenden, 170 Milliarden Schulden war die Bilanz. Hätten die Volkseigenen die Verantwortung nicht übernommen, hätte dies die Zermalmung Deutschlands bedeutet, durch außenpolitische Vernichtung und innerpolitische Anarchie. Wir sind aber hinübergekauert zum demokratischen Staat, nur hat es das Volk nicht verstanden, seine Rechte zu erhalten. Man wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien Vaterlandsverräter, aber haben nicht Hunderttausende bis zum bitteren Ende ausgehalten, ihre Gesundheit und Glieder geopfert im Verteidigungskrieg? Sie müssen deshalb diese Annahme mit Empörung zurückweisen. Dann woher kommt es denn, daß Staaten wie Amerika, Italien und sonstige Länder, die als Siegerstaaten hervorragen und keine sozialistischen Regierungen hatten, ebenfalls von der Krise heimgesucht sind? Ist das nicht das Produkt des kapitalistischen Systems?

Nur Freiheit, Friede und Gleichberechtigung aller Völkerrassen führen zum Aufstieg, was aber nur in einem demokratischen Volkstaat möglich ist. Uns drohet nicht noch ein neuer Krieg, denn darüber sei man sich im Klaren, auf welchem Boden dieser sich abspielen würde, und was ein moderner Krieg bedeutet, kann sich jeder, der Kriegsteilnehmer war, selber anemalen. Wir sind international eingestellt und wollen Gleichberechtigung nach außen und Freiheit im Innern, das sei unser gemeinsamer Kampf. Mit der Straße: Woblan wer Kredit und Freiheit adert, schloß Gen. Ulrich seine mit Gespanntheit verholten Ausführungen, wollte er reichen Verfall entzete. In der Diskussion wurde die Anfrage an den Redner gerichtet, wie es sich mit den Behauptungen in dem hier verbreiteten Flugblatt verhält, wonach zwei Millionen Mark Steuergelder zu Wahlzwecken verwendet worden seien. Gen. Ulrich beantwortete die Frage damit, daß es unerhört sei, wenn diese Behauptungen, die von verschiedenen deutschen Gerichten amtlich widerlegt sind unter ausdrücklicher Strafandrohung trotzdem weiterverbreitet würden. Möge sich jeder selbst die Konsequenzen leben und am 5. März der Sozialdemokratischen Partei seine Stimme geben. — Mit Dankesworten an den Redner und dem Abschied, am dem Umsturz der heutigen kapitalistischen Wirtschaft in eine freie Wirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit mitzuarbeiten und Liste 2 zu wählen, schloß der Vorkühnen, Genosse Schädel, die Versammlung.

Höfen a. G., 27. Febr. Die NSDAP, Ortsgruppe Höfen, hielt am Sonntag von 7 Uhr ab einen glänzend verlaufenen "Deutschen Abend" im Saal des Gasthauses z. "Eichen" unter Mitwirkung des humoristischen Toni Keller aus Stuttgart und der Kapelle des Musikvereins. Der Saal war außerordentlich schnell gefüllt und gefüllt voll. Der Vorsitzende der Partei, Herr Anton Wolfgang Kemppe u. a., leitete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen mit warmen Worten. Im ersten Teil des Programms sprach Frau Frenkle-Weißbach zu der deutschen Frau. Ihre Ausführungen lösten viel Beifall aus, wie folgt, kurz zusammengefasst werden: Deutsche Frauen heraus! Helft mitkämpfen um die alten ewigen Rechte der Mütterlichkeit. Die deutsche Frau ist zu hervorragender Arbeit am deutschen Volksgenossen berufen. Mögen Männer Weilen dauern — ein Volk lebt und fällt mit seinen Frauen". Als zweiter Redner sprach in einflussreichen Ausführungen Bürgermeister Dixt-Stammheim in bekannt temperamentsvoller Weise zunächst über den Werdegang der Hitlerpartei aus ersten Anfängen heraus, dann über die 14 Jahre System, am zum Schluß warm für Stimmen am 5. März zu werden. Beide Vortragende ernteten hürmischen Beifall. Während der Pause konnten Lose erworben werden für 300 Gewinne, die sämtlich von Parteigenossen gestiftet waren. Im zweiten Teil des Programms kam auch der Humor zur Geltung und während der erste Teil mit dem Deutschlandlied abgeschlossen wurde, sang der zweite Teil mit dem Dorf-Wesellied aus. Der dritte Teil des Abends bestand nur aus einer Nummer — Tanz, der allerdings erst spät einsetzen konnte, dem aber um so fleißiger und hingebender gebuhlet wurde. Die Veranstaltung war gut besucht von Parteigenossen aus Rotenbach, Dennaß, Reisenbürg, Wiesenfeld, Langenbrand und Schömburg und verließ, da genügend SA- und Stahlhelmleute den Saalbesuch übernommen hatten, ohne Störung von seiten anderer Parteien.

Württemberg

Stuttgart. (Landesbustag und Reichstagswahlen.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Evang. Landesbustag (erster Sonntag der Postzeit) fällt heuer auf den 5. März, an welchem Tag auch die Reichstagswahlen stattfinden. Nach § 8 der Reichstagsgesetzgebung vom 15. Dezember 1928 sind am Evang. Landesbustag alle öffentlichen Veranstaltungen während des ganzen Tages verboten und nur Dar-

bietungen von Werken kirchlicher Kontinuität nach Beendigung des Nachmittagsgottesdienstes gestattet. Diese Vorschriften gelten auch heuer, die Polizeibehörden sind jedoch mit den nötigen Weisungen darüber versehen, inwieweit für die unmitteibar mit den Wahlen zusammenhängenden Veranstaltungen Ausnahmen zuzulassen und welche Maßnahmen zur Fernhaltung etwaiger Störungen des Gottesdienstes durch die Wahlwerbung in der Nähe von Kirchen zu treffen sind.

Stuttgart. (Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg.) Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg hat bis Ende Januar im ordentlichen Haushalt die Mehraufnahme von 13 727 000 RM, im außerordentlichen Haushalt die Mehreinnahme 2 600 000 RM betragen.

Stuttgart. (Verwarnung der "Donauwacht" in Ulm.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der "Donauwacht" in Ulm ist wegen eines Artikels in der Nummer vom 7. Februar, der einen Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. 2. 23 enthält, eine Verwarnung erteilt worden.

Stuttgart. (Verwarnung des katholischen Sonntagsblattes.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Dem katholischen Sonntagsblatt in Stuttgart ist wegen eines Artikels in Nr. 7, der einen Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1923 enthält, eine Verwarnung erteilt worden.

Stuttgart. (Verbot der Wochenchrift "Der Rote Schmied" in Gmünd.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das "Jugendministerium hat den "Roten Schmied" in Gmünd wegen Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung eines leitenden Beamten des Staates auf zwei Monate verboten.

Kornwestheim. (Politischer Zusammenstoß.) Am Samstag kam es hier anlässlich eines Prozessionsumzuges der NSDAP, in der Nähe des Bahnhofes zu einer Schlägerei, als der in Stärke von 300-400 SA- und SS-Leuten von Stammheim her mit Musik einmarschierende Zug von etwa 100 Antifaschisten mit Schläubchen empfangen wurde. Dabei sollen, so berichtet die "Ulmischer Zeitung", Reichsbannerleute und Kommunisten verlegt haben, die letzte Kolonne des Zuges abjuden, worauf die Nationalsozialisten auswärtsritten. Zwei Personen erlitten bei der sich entzündenden Schlägerei Verletzungen, darunter, wie man hört, der Führer der Stützungsaktion.

Warr, O. A. Marbach. (Eine Flegel abgebrannt.) Am Sonntag vormittag brach in der Flegel bei Warr ein Brand aus, dessen Bekämpfung dadurch erschwert wurde, daß das Wasser größtenteils aus der Warr herangebracht werden mußte. Die einheimische Feuerwehr wurde von den Motorspritzen aus Pöfeldheim, Weilheim und Marbach unterstützt. Die Flegel, in der heute mit der Arbeit wieder begonnen werden sollte, ist fast vollständig abgebrannt, nur ein Teil des Maschinenhauses und zwei Schuppen konnten gerettet werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht geklärt.

Reilbrunn. (Den eigenen Bruder mit der Art erschlagen.) Das Schwurgericht hat den Württembergischen Schreiner Karl Reilbrunn von Steinheim an der Warr, der am 26. Oktober 1922 seinen Bruder Gottlob im Streit mit der Art erschlagen hatte, wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Sein älterer Bruder, der 25 Jahre alte Wilhelm Reilbrunn, erhielt wegen Verbrechenbedrohung drei Monate Gefängnis.

Reutlingen. (Vollziehung der Handelskammer Reutlingen.) In der letzten Vollziehung der Handelskammer Reutlingen machten Vertreter des Einzelhandels auf die gefährlichen Wirkungen aufmerksam, die der gefährliche Hoangewollstreifen für die Landwirtschaft für Handel und Gewerbe und schließlich auch für die Landwirtschaft mit sich bringen muß. Die Handelskammer hat im Einvernehmen mit dem Württ. Industrie- und Handelsrat Schritte zur Milderung der zu erwartenden Auswirkung dieser Notmaßnahme unternommen.

Reutlingen. (Wieder ein Erdstöß.) In der Nacht vom Samstag auf Sonntag, am 4. Uhr morgens, ist in unserer Gegend wiederum ein kräftiger Erdstöß verurteilt worden. Die Gegenstände auf den Balkontischen usw. schlugen hörbar gegeneinander. In Steinbildern waren die Erdstöße so stark, daß die Möbel usw. ziemlich schwanken.

Geislingen a. St. (Kohlenfunde am weißen Berg.) Bei den Probebohrungen für den geplanten Staube in der Nähe des weißen Bergs ist man in etwa 10 Meter Tiefe auf ein Kohlenvorkommen gestoßen. Nähere Untersuchungen sind sofort eingeleitet worden.

Leinzell, O. A. Gmünd. (Der Fall Uhlmann.) — Rund 500 000 Mark Passiven.) Der Zusammenbruch der Firma Uhlmann ist nicht so sehr die Folge der wirtschaftlichen Mißverhältnisse, als vielmehr in der Hauptfache die Schuld des Inhabers, des Fabrikanten und Konsuls Julius Uhlmann. Der Inhaber, der es nicht verstanden, seinen Betrieb entsprechend einer veränderten Wirtschaftslage durch Einschränkung seiner persönlichen Auswendungen in dem Maß zu entlasten, wie es notwendig gewesen wäre, und ohne daß ihm dabei zu große Opfer angesetzt worden wären. Schon um die Mitte des letzten Jahres wurde die bedrückende Lage der Firma nach außen hin sichtbar. Von diesem Zeitpunkt an datieren die Zahlungsstörungen. An wachsenden Stimmen hat es nicht gefehelt. Aber die Arbeiter waren froh, ihre Beschäftigung zu haben und man tröstete sich allgemein mit dem Bewußtsein in die Öffentlichkeit getragenen Gerüchten von dem in Aussicht stehenden großen englischen Kredit von 180 000 Mark, der aber nie eintraf. Die Wirtschaftskrise hat sich im Beschäftigungsgrad wenig ausgewirkt, wenn auch das Abgleiten der Rohstoffpreise den Wert des beträchtlichen Warenlagers schrittweise herabminderte. Erst mit dem Sturz des englischen Pfundes sind bei dem großen englischen Geschäft der Firma, das 50-60 Prozent des Gesamtumsatzes ausmachte, erhebliche Verluste eingetreten. Es hätten aber weder der Pfundsturz noch die Einbuße an Aufträgen durch die Abwertung des englischen Marktes dem Unternehmen den Todesstoß zu verleben vermocht, hätte der Inhaber entsprechend den Zeitverhältnissen seine persönlichen Entnahmen, die sich, wie die "Reinssetzung" aus zuverlässiger Quelle erfährt, auf 50-60 000 Mark jährlich beliefen, eingeschränkt. Das konnte der Betrieb, der noch 1928 einen Jahresumsatz von über 2 Millionen verzeichnen konnte, nicht mehr abwickeln. Da aber der Inhaber trotz erster Vorbildungen seines kaufmännischen Personals in der alten Weise wirtschaftete, mußten die Materiallieferanten mit ihren Forderungen unrückgeben. Verhandlungen zur Sanierung des Betriebes schickerten an dem Umstand, daß der Inhaber sich weigerte, seine persönlichen Ausgaben auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Während die Arbeiterschaft rückständig von der Auszahlung des rückständigen Lohnes hat, und sich mit Besprechungen und Gurkweinen, die nicht eingelöst werden konnten, abgeben ließ, drängten die Lieferanten und Banken immer härter, bis am 15. Februar der Konkurs angemeldet werden mußte. 120 Arbeiter und Arbeiterinnen, etwa 50 Heimarbeiterinnen, sind droslos und verfuhrlos. Die Geschäftsteile haben wertlose Guthaben. Dem stillen Teilhaber erwächst ein Verlust von mehreren hunderttausend Mark. Die verschiedenen Lieferanten mit teilweise sehr beachtlichen Forderungen werden nach dem Stand der Dinge leer ausgehen müssen. Der Gemeinde Leinzell sind untragbare Lasten aufgebürdet. Das ist das traurige Ergebnis. Mit dem Konkursverwalter werden Verhandlungen angestrebt, damit der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Sigmaringen. (Ein Landeshauptmann für Hohenzollern?) In Sigmaringen sind Gerüchte verbreitet, wonach Hohenzollern in Kürze nach dem Ausfall der preussischen Provinzen einen beamteten Vorsitzenden der Landeselbverwaltung, einen Landeshauptmann, erhalten soll. Eine Version geht dahin, der jetzige nebenamtliche Vorsitzende Vogel wolle sein Straßberger Pfarramt aufgeben und es besterbe die Absicht, ihm die Stelle des Landeshauptmanns zu übertragen. Nach der zweiten Version soll die Möglichkeit bestehen, daß der bisherige Regierungspräsident Dr. Brand Aussicht habe, in der Eigenschaft als Landeshauptmann in Hohenzollern zu bleiben.

Von der bayerischen Grenze. (Dramatische Eifersuchtsszene.) In Lindau hat am Sonntag früh der von seiner Frau geschiedene 40 Jahre alte Gärtner Anton Michel ein 16 Jahre altes Mädchen, mit dem er ein Liebesverhältnis hatte, erschossen und zwar zweifellos aus Eifersucht, nachdem er es zuvor in Gesellschaft anderer bei einer Faschingsveranstaltung getroffen hatte. Er überrückte das Mädchen während es schlief in seinem Schlafzimmer und brachte ihm einen tödlichen Schlag bei, worauf er sich selbst durch einen Schuß gleichfalls das Leben nahm.

Durchsuchung des Landtagsgebäudes

In Württemberg sind Unruhen nicht zu befürchten

Stuttgart, 1. März. Vom Polizeipräsidentium wird mitgeteilt: Da der dringende Verdacht besteht, daß seitens der kommunistischen Partei unter Mißbrauch der Immunität auch innerhalb des Landtagsgebäudes Vorbereitungen zum Hochverrat oder allgemein zu Gewalttätigkeiten getroffen würden, hat gestern nachmittags ein Einverständnis mit dem Herrn Landtagspräsidenten eine polizeiliche Durchsuchung des württembergischen Landtagsgebäudes in Gegenwart des Herrn Landtagsdirektors stattgefunden. Durchsucht wurden die allgemeinen Räumlichkeiten sowie das Konferenzzimmer der kommunistischen Partei. Die anwesenden kommunistischen Abgeordneten wurden während der Durchsuchung in Schutzhaft genommen, nach Beendigung der Durchsuchung aber wieder entlassen.

Gleichzeitig wurde auch das Parteibüro der kommunistischen Partei durchsucht. Die Polizei fand hier eine große Menge verarbeiteter Druckschriften. Der größere Teil davon hatte zu beachtenden Inhalt und wurde deshalb beschlagnahmt.

Die Durchsuchungen haben im übrigen näherer Anhaltspunkte dafür, daß Gewalttätigkeiten auch in Württemberg zu erwarten sind, nicht ergeben. Da auch aus dem übrigen Lande Ordnungshörnen nicht bekannt sind, besteht zu einer Unruhe keine Veranlassung.

Kein Gesuch von Wirtschaftsminister Dr. Raier um Anerkennung als Beamtenminister

Stuttgart, 27. Febr. In der Nummer des "RS-Kurier" vom 25. ds. Mts. wird unter der Überschrift "Wirtschaftsminister Dr. Raier für Württembergs Selbständigkeit?" oder alles um die Pension" mitgeteilt, der Herr Wirtschaftsminister Dr. Raier habe im Laufe der letzten 14 Tage ein Gesuch an das Staatsministerium gerichtet, in dem er beantragt habe, seine Eigenschaft als Beamtenminister anerkennen zu wollen. Demgegenüber erfahren wir vom Staatsministerium, daß nicht nur in den letzten 14 Tagen, sondern überhaupt in dieser ganzen Wahlzeit und in den vorangegangenen Monaten ein solches Gesuch vom Herrn Wirtschaftsminister nicht eingereicht, auch diese Frage an seiner amtlichen Stelle nicht behandelt worden ist. Krüger, nach der Berufung des Herrn Wirtschaftsministers, ist aus Anlaß der allgemeinen Regelung der Personalverhältnisse des Herrn Wirtschaftsministers im Wirtschaftsministerium auch die Rechtsfrage zur Erörterung gebracht worden, ob auf den Herrn Wirtschaftsminister, der bekanntlich beide juristische Staatsprüfungen abgelegt hat, auch einige Zeit in einem unfähigen Beamtenverhältnis tätig gewesen ist, die Voraussetzungen als Beamtenminister anzutreten. Eine Entscheidung darüber ist aber von dem hiesigen unabhängigen Staatsministerium nicht getroffen worden, weil der Herr Wirtschaftsminister selbst wünschte, daß die Angelegenheit nicht weiter behandelt werden soll.

Die Universität zur gegenwärtigen Lage

Tübingen, 28. Febr. Der Große Senat der Universität Tübingen gibt folgende Erklärung ab: "Mit der akademischen Jugend ist unsere Universität wie das ganze deutsche Volk von der hohen politischen Bedeutung unserer Tage erfüllt. In uns Hochschullehrern ist der heilige Wille lebendig, an der Rettung und dem Aufstieg unseres großen deutschen Vaterlandes mit allen Kräften mitzuarbeiten. Die Universität muß es ihrem Wesen nach ablehnen, als solche in den parteipolitischen Kampf einzutreten. Sie überläßt es dem Einzelnen, nach bestem Willen und Gewissen als Staatsbürger seine politische Meinung zu betätigen. Die Universität bekämpft: Eine Rettung Deutschlands erhoffen wir alle davon, daß der Geist der Wahrheit und Verantwortlichkeit die deutschen Menschen aller Schichten und Stände wieder durchdringt. Diese Verantwortlichkeit muß in einem an Leib und Seele gegründeten Volk voll Willensstärke und getragen von nationalem Selbstbewußtsein ihren Grund, in einem nichtvoll geleiteten, machtvollen Staat ihren Ausdruck finden, mochtvolle Freiheit, Würde und Ehre sollen die entscheidenden Werte des öffentlichen Lebens sein und so alle Kräfte des Volkes sich wieder einen, um eine deutsche Zukunft zu bereiten, die würdig ist, sich an die großen Zeiten der Vergangenheit anzuschließen, in denen die Verantwortung vor Gott und der Nation Deutschlands Schicksal bestimmte."

Handel und Verkehr

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Vom Dienstagmarkt am Stadt, Vieh- und Schlachthof wurden gewandelt: 41 Ochsen (unverkauft 3), 47 Bullen, 217 (4) Jungbullen, 319 Kühe, 364 (24) Kälber, 1126 Kälber, 2774 (320) Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	28. 2.	23. 2.	28. 2.	23. 2.
Ochsen				
a ausgewöhrt	25-28	—	c fleischig	21-24
b vollfleischig	22-23	—	d geringendüchtere	—
c fleischig	18-20	—	Kälber	
Bullen			a feinste Maß u. beste Saughälb.	—
a ausgewöhrt	24-25	—	b mitt. Maß u. gute Saughälb.	38-41
b vollfleischig	22-23	—	c geringe Kälber	34-37
c fleischig	20-21	—	Schweine	
Kühe			a ausgewöhrt	22-24
b ausgewöhrt	16-19	—	b vollfleischig	16-19
c fleischig	12-14	—	c fleischig	12-14
d geringendüchtere	9-11	—	Jungbullen	
Jungbullen			a ausgewöhrt	30-31
a ausgewöhrt	30-31	—	b vollfleischig	25-28
b vollfleischig	25-28	—		

Marktorlauf: Grofvieh mäßig befehrt, Kälber befehrt, Schweine schleppend, beträchtlicher Ueberstand.



Pforzheim, 27. Febr. (Schlachtviehmärkte.) Aufgetrieben waren 563 Tiere und zwar: 9 Ochsen, 4 Kühe, 41 Kälber, 25 Ferkel, 44 Kälber, 2 Schafe, 440 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 11 Stück Großvieh, 96 Schweine. Preise für ein Hund Lebendgewicht: Ochsen a 26-28, b 23-25; Ferkel a 24, b und c 23-21; Kühe a 22, b und c 18-12; Kälber a 29-31, b 25-27; Kälber b 37-39, c 33-36; Schweine b 46-47, c 45-46.

Karlruhe, 27. Febr. (Schlachtviehmärkte.) Zufuhr: 27 Ochsen, 34 Bullen, 41 Kühe, 129 Ferkel, 130 Kälber, 1120 Schweine. Preis für den Jenner Lebendgewicht in Mark: Ochsen a 24-30, b 21-25, c 19-21, d 18-19; Bullen a 23-24, b 20-21, c 19-20, d 18-19; Kühe b 19-21, c 15-19, d 10-15; Ferkel a 26-32, b 18-24; Kälber b 40-42, c 37-40, d 33-37, e 21-26; Schweine b 45 bis 47, c 44-47, d 41-45, e 39-41, g (Sauen) 31-35. Verkauf: Großvieh und Schweine langsam, geringer Ueberstand; Kälber mittelmäßig, geräumt.

Stuttgart, 27. Febr. (Landesproduktenbörsen.) Die feste Stimmung hat auch in abgelaufener Woche angehalten. Die Forderungen für Inlandsgetreide waren höher, jedoch beobachtet die Käufer Zurückhaltung. Es notierten je 100 kg.: Weizen 21-22 (am 20. Febr.: 20,75-21,25), Roggen 17,50-18 (17,50-17,75), Braugerste 18-19,25 (am 20. Febr.: 17,50-17,75), Hafer 13-14 (13-13,50), Kleinfuhr 3,50-4 (am 20. Febr.: 3,50-3,75), dreifachgebranntes Stroh 2,50-2,80 (am 20. Febr.: 2,50-2,75), Weizenmehl 32,75-33,25 (32-32,50), Brotmehl 25,75-26,25 (25-25,50), Mele 8-8,25 (7,75-8) Markt.

Letzte Nachrichten

München, 28. Febr. Ministerpräsident Dr. Heß ist heute abend nach Berlin gereist. Wie hier verlautet, wird der Ministerpräsident in der Reichshauptstadt eine Besprechung mit dem Reichshauptminister haben.

München, 28. Febr. Wie wir erfahren, hat das Reichsgericht das Verbot der „Münchener Neueste Nachrichten“ für ungültig erklärt.

Berlin, 28. Febr. Wie wir erfahren, hat das Reichsgericht das achtjährige Verbot des „Völkischen Beobachters“ auf 3 Tage verkürzt.

Berlin, 28. Febr. Durch einen Erlass des Reichsministers des Innern sind die „Strohburger Neueste Nachrichten“ und die „Strohburger Republik“ wegen von ihnen verbreiteter Angriffe auf die Reichsregierung bis zum 31. Mai für das Reichsgebiet verboten worden.

Hausdurchsuchung bei der SPD.

Stuttgart, 28. Febr. Als Folge der Berliner Vorkommnisse wurde im Parteibüro der kommunistischen Partei in Stuttgart am Dienstag nachmittag eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der das vorerwähnte Material, soweit es den Verdacht bedauerlicherweise oder gelegentlich Inhabits erweckt, beschlagnahmt wurde. Die Vollziehung, die sich sehr schnell beendigen konnte, verlief ohne größere Menschenansammlung in der Rodlerstraße herum. In Störungen kam es jedoch nicht.

Verstärkte Kontrolle an der österreichischen Grenze

Wien, 28. Febr. Die jüngsten Vorgänge in Deutschland haben, wie die Abendblätter werden, unmittelbare Auswirkungen auf die staatspolizeilichen Schutzmaßnahmen gegen politische Flüchtlinge gezeigt. So ist besonders die Kontrolle an der österreichischen Grenze gegen Deutschland verschärft worden. Nach die Flüchtlingserhebungen, Koffernkontrollen, sowie die kommunistischen Verbote in Wien stehen unter erhöhter Beobachtung. Die politischen Behörden wurden davon verständigt, daß die reichsdeutschen Kommunisten beabsichtigen sollen, ihre Werbemaßnahmen im Falle eines Fortrückens nach Wien zu verlegen. Dem „Extrakt“ zufolge wurde auf dem Nordbahnhof bereits ein Wagen mit 64 Kilos kommunistischen Agitationsmaterials, das als Bilderbücher deklariert war, beschlagnahmt.

Die Bankkrise in USA.

Berlin, 27. Febr. (Eig. Meldung.) Die amerikanische Bankkrise, die mit den Vorgängen im Staate Michigan ansetzte, zieht immer weitere Kreise. In allen Unionstaaten sind die zuständigen Stellen mit der Frage des wirksamen Schutzes von Banken und Bankkunden beschäftigt. Wegen der verstimulierenden Wirkung auf die Börsen ist man mit der Verhängung allgemeiner Moratorien sehr zurückhaltend, doch haben die Gouverneure der Staaten Indiana, Missouri, Arkansas und Wisconsin bereits grundsätzliche Bestimmungen für etwa notwendig werdende Moratorien erlassen. In den Staaten New York, New Jersey, Vermont, Iowa und Nebraska sind neue Gesetze angenommen worden, die den staatlichen Behörden größere Machtbefugnisse geben, um die Schließung von Banken abzuwenden. In verschiedenen Staaten ist geplant, die Zurückziehung von Spargeldern auf einen bestimmten Prozentsatz pro Monat zu beschränken und die Verwendung von kommerziellen Konten auf einen Betrag einzuschränken, der dem Durchschnittsbetrag der letzten Monate entspricht.

Franklin Roosevelt hat mit seinem künftigen Schatzamtsekretär Woodin die Notlage der Banken in Maryland und Michigan geprüft und es heißt, die Finance Reconstruction Corporation erwäge die Möglichkeit, den Banken von Detroit und Baltimore Darlehen zu gewähren. Besonders kritisch ist die Lage in Maryland, wo der Gouverneur eine dreitägige Schließung der Banken angeordnet hat, nachdem während der letzten Woche von Detroit, die insgesamt 500 Millionen Dollars ausmachen, 15 Millionen Dollars abgehoben worden waren. Die Fondsdepot von Baltimore ist geschlossen. In Detroit beschließt die Clearinghouse-Association die Ausgabe von Interimsscheinen als Zahlungsmittel.

Im Zusammenhang mit der Bankkrise ist der Präsident des Verwaltungsrates der National City Bank von New York, Charles Mitchell, zurückgetreten. In Indianapolis haben die Banken bis auf weiteres die Zurückziehung von Depositionen auf höchstens 5 Prozent beschränkt. Den gleichen Beschluß faßten sieben Banken in Cleveland. Fünf Banken der gleichfalls im Staate Ohio gelegenen Stadt Akron mit insgesamt 55 Millionen Depositionen haben die Abhebung von Spareinlagen auf monatlich ein Prozent und die Verfügung über kommerzielle Guthaben auf den Durchschnitt der letzten Monate beschränkt. In einer anderen Stadt in Ohio, Dayton, ist ein dreitägiges Bankmoratorium verhängt worden. In Kansas City ist für heute die Funktionierung von vier Banken mit Depositionen von insgesamt 5 Millionen Dollars zu einer Reorganisations Bank und Trust Company angeordnet.

Ford greift in Detroit ein

Übernahme der beiden maßgebenden Bankengruppen

Detroit, 27. Febr. Durch einen plötzlichen Entschluß Henry Fords, die beiden maßgebenden Bankengruppen, die First National Bank of Detroit und die Guardian National Bank of Commerce, zu übernehmen und als Alleinaktionär möglicherweise zu verschmelzen, hat die ganze Bankensituation in Detroit eine grundlegende Änderung erfahren.

Der Entschluß Fords war die Folge einer Reihe von Konferenzen der beiden Nationalbankengruppen, die am Sonntag abend das Washingtoner Ultimatum annahmen, sich mit einem Darlehen in Höhe von 18 Millionen Dollars statt der geforderten 120 Millionen Dollars zu begnügen. Die beiden neu zu gründenden Banken würden damit nur über 8250000 Dollars Kapital statt über 11 Millionen Dollars verfügen. Nachdem die beiden Bankengruppen das Washingtoner Ultimatum angenommen hatten, veröffentlichten Henry und Edsel Ford in großer Anwesenheit folgende Erklärung an die Depositionskonten und den Aufsichtsrat der beiden Bankengruppen: „Wir sind bereit, uns mit Ihnen an der Gründung der

beiden neuen Banken zu beteiligen. Das notwendige Gesamtkapital von 8250000 Dollars werden wir aufbringen. Wir bitten uns auf die Erfahrung berufen, die wir als gesunde Bankmethoden ansehen. Wir legen voraus, daß Sie zu uns das Vertrauen haben, die Männer als Leiter zu wählen, die Fähigkeit allgemeines Vertrauen verdienen. Die auf diese Weise gebildeten Banken werden Institute darstellen, von denen erwartet werden darf, daß sie eine Wiederherstellung der Industriestadt Detroit herbeiführen in der Lage sind.“ Die Regierung in Washington hat das Angebot Fords angenommen.

Wie lange wird in Europa gearbeitet?

Ueberraschend schnell ist es um die 40-Stundenwoche gekommen. Trotzdem lohnt es sich, einmal festzustellen, wie lange eigentlich die tatsächliche Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern dauert.

In Deutschland sind zur Zeit rund 6 Millionen Arbeitslose überbaut ohne Arbeitszeit, rund 40 Prozent der Beschäftigten verrichten in einem September 1932 Kurzarbeit. Im Durchschnitt arbeitet ein Beschäftigter in Deutschland rund 34 Stunden in der Woche.

In Frankreich wird einer Angabe des Internationalen Arbeitsamtes in Genf entsprechend von vielleicht 70 Prozent der Beschäftigten länger als 40 Stunden in der Woche gearbeitet. Nur 20 Prozent arbeiten, so weit man aus dem mangelhaften Zahlenangaben Schlüsse ziehen darf, weniger als 40 Stunden.

In Großbritannien arbeitet die Textilindustrie (unter Berücksichtigung der Kurzarbeit, aber ohne Berücksichtigung der Ueberstunden) beträchtlich über 40 Stunden, die Baumwollindustrie über 45 Stunden, die Nahrungsmittelindustrie rund 45 Stunden und die Metallindustrie über 43 Stunden.

Italien begnügt sich mit der Feststellung, daß rund 30 Prozent seiner Beschäftigten unter der „normalen“ Arbeitszeit arbeiten. In Polen arbeiten die Beschäftigten, wie eine kleine Stichprobe ergab, anscheinend rund 41 Stunden in der Woche. Für Schweden ergab sich bei einerählung eine Arbeitszeit von durchschnittlich 45 Stunden in der Woche.

Die Vereinigten Staaten von Amerika geben als durchschnittliche Arbeitszeit in der Woche 35 Stunden an. Die Reichskonsumindustrie arbeitet allerdings rund 49 Stunden, die Baumwoll- und Seidenindustrie rund 47 und die Schuhindustrie rund 45 Stunden in der Woche. — Die 40-Stundenwoche ist also in Europa und Amerika zum großen Teile schon bewirkelt.

Sprechsaal.

Neuenbürg, 2. Febr. (Eingekandt.) In der Wohltätigkeitsveranstaltung am letzten Sonntag wird uns geschrieben: Es wird außer mir auch noch anderen Hörern angefallen sein, daß die an sich trefflichen gelungenden Darbietungen des zwang. Kirchenchors eine gewisse Unausgeglichenheit des Klangkörpers anwies, welche lediglich auf einem Mangel an Männerstimmen beruht. Nun ist dies bei der Bedeutung, die gerade diesem Chor im öffentlichen Leben unserer Stadt ankommt (Gottesdienst und Dienst am Nächsten) doch eigentlich schade und auch unverständlich in einer Zeit völliger Not, die jeden mit Recht um Anlaß an eine wirklich gute Sache drängen müßte. Vielleicht genügt diese Anregung, dem aufstrebenden Chor 4-6 uneigennütige und stimmbegabte Männer zuzuführen.

Auf Grund der Ausführungsverordnung zur Verordnung über den landwirtschaftlichen Volksschulungslehre vom 14. Februar 1933 werden in den folgenden Zwangsversteigerungen in die Grundstücke der nachbezeichneten Eheleute die

Versteigerungstermine aufgehoben:

- vom 14. März 1933: Schleich, Christof, Fuhrmann und Marie, geb. Seeger, in Neuenbürg.
- vom 17. März 1933: Engelhardt, Robert, Kraftwagenführer und Emma, geb. Schaber, in Conweiler.
- vom 4. April 1933: Mitschelt, Friedrich, Zimmermann und Marie, geb. Reyer, in Feldbrennach.

Neuenbürg, den 27. Februar 1933.
Zwangsversteigerungskommissionäre:
Bezirksnotar F a l d.

HOTEL PROSPEKTE

PROSPEKTE FÜR PENSIONEN

liefert
in sauberer Ausführung und
neuzzeitlicher Ausgestaltung



C. Meeh'sche Buchdruckerei,
Inh. Fr. Biesinger, Neuenbürg. Tel. 404.
Verlangen Sie kostenlose Vorschläge.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag den 2. März 1933, vormittags 10 Uhr, in Neuenbürg:

- 1 Bockisch, 1 kleine Holzläge mit Motor, 1 zweirädriger Handkarren, eine Kaffeemaschine, 1 Brennermaschine.

Zusammenkunft am Rathaus. Um 11 Uhr in Hallestraße Engelsbach:

- 1 Schrankgrammophon mit sieben Schallplatten.

Zusammenkunft am Bahnhof. Nachmittags 3 Uhr in Dieckensfeld:

- 1 kleiner, eiserner Kessenschrank, 1 Terrazzovertikalschleifmaschine samt Motor, 1 Schreibmaschine, 1 Lastkraftwagen, 36 PS.

Zusammenkunft am Bahnhof. Gerichtsvollzieherstelle Neuenbürg.

Ziehung 14. März
Die beliebte Frühjahrs-

Geld-Lotterie

3332 Gelbgrüne Mark

12000
1. Preis
3000
2. Preis
1000
3. Preis
1000
4. Preis

Lose 1 M., 12 Lose 12 M.
Parten Liste 07/2, mehr

J. Schwaibach, Stuttgart
Königsplatz 4 - Postfach 2333
sowie alle Vertriebsstellen

Chr. Hablzel
Malermaler, Neuenbürg
Glas-Schildermaler

Zwangs-Versteigerung.

Es wird öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag den 2. März 1933, 13 Uhr, in Dieckensfeld:

- 2 Fässer.

15 Uhr in Oberlengenhardt:

- 5 Damenkleider und zwei Mäntel.

Zusammenkunft jeweils am Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle
Wildbad.

Absolut sichere Kapitalanlage bei höchster Verzinsung!
Auf sofort oder später werden für eine Anzahl vorgerichteter Geldnehmer Beträge von

300 bis 4000 G.-M.
(entl. mit Rabatt)

sie Anwesen im Oberamtbezirk gegen prima Sicherheiten auf erste Hypothek gesucht. Einmalige Anzahlung wird zurückerstattet. Gewissenhafte und für Geldgeber kostensparende Abwicklung. Strenge Verschwiegenheit wird garantiert.

Schriftl. od. mündl. Angebote an **Fritz Müller**, Hypotheken, Neuenbürg, Brunnenstr. 38.

**Geburts-
Namens-
Verlobungs-
Bermählungs-
Karten**

in reicher Auswahl empfiehlt die **C. Meeh'sche Buchhandl., Neuenbürg**
H. M. Holzapfel.



788
158
138
58
88
38

Klein der Preis, groß die Leistung!

Unter dieser Devise starten wir morgen einen Verkauf, den Sie noch lange in angenehmer Erinnerung haben werden. „Klempreis-Tage“ nennen wir ihn, denn im ganzen Hause haben die kleinen Preise die Führung an sich gerissen. Warenangebote, die auch den hartgesolltesten Nichtkäufer zum begeisterten Käufer machen werden, füllen Tische und Theken. Schon 30 Pfg. genügen zum guten Einkauf. Da lohnt es sich zu kaufen! Davon sollte sich morgen jeder mit eigenen Augen überzeugen!

Klempreis-Tage KNOPF

PFORZHEIM

